

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(hiesig-Duischer)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.
Sprechsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 49.

Berlin, Sonnabend, 19. Juni 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Eine Scharfmacherrede. — Unsere Reise nach England. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Die höchste Zeit

Ist es jetzt, das Abonnement auf den „Gewerkeverein“ zu erneuern und ihm neue Abonnenten zuzuführen.

Von allen Seiten

drängen die Gegner gegen uns heran; eine unermeßliche Fülle sozialpolitischer Materials steht zur öffentlichen Diskussion. Wer

allen Situationen gewachsen

sein will, der muß das Verbandsorgan regelmäßig lesen. Kein Kollege, der mit Erfolg für unsere Sache wirken will, kann es entbehren.

Darum,

Auschußmitglieder

und Vertrauensleute,

seid Eurer Pflicht eingedenk und forbert in jeder Sitzung zum Abonnement des „Gewerkeverein“ auf! Werbt Freunde und Leser, damit unsere Ideen in immer weitere Kreise hineingetragen werden! Nehmt selbst die Bestellungen entgegen und übermittelt sie dem zuständigen Postamt!

Eine Scharfmacherrede.

Ebenso wenig wie die Käse das Mäusen lassen kann, sind gewisse Leute imstande, ihren Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft und ihre Abneigung gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt zu verbergen. Zu dieser Klasse von Menschen gehört auch der Geh. Kommerzienrat Emil Kirdorf in Gelsenkirchen. Er hat in jener großen Versammlung in Berlin, die den Protest von Handel, Industrie und Gewerbe gegen die Vorschläge der Finanzkommission zum Ausdruck brachte, eine Rede gehalten, die zum großen Teile mit der zur Erörterung stehenden Frage in gar keinem Zusammenhang stand. Herr Kirdorf fühlte nämlich einen unwiderstehlichen Drang, auch bei dieser höchst unpassenden Gelegenheit, gegen die sozialpolitische Gesetzgebung gewaltig vom Leder zu ziehen, was ihm allerdings einen bösen Reinsfall eintrug. Denn die Versammlung gab dem Herrn mit aller würdevollen Deutlichkeit zu verstehen, daß er für seine Scharfmachereien keinen günstigen Boden habe. Herr Kirdorf riet dringend davon ab, der Industrie neue Lasten aufzulegen. Insbesondere müsse gewarnt werden vor weiteren geschlichen Bestimmungen der angeblichen Arbeiterfürsorge, die Erschwerungen, Beeinträchtigung und Verteuerung der Betriebe ohne praktischen Nutzen bringen. Ein trauriges Zeichen sei das neueste Gesetz über die „Sicherheitsmänner“; einmütig habe sich der Verband dagegen ausgesprochen, weil er in ihrer Einführung eine schwere soziale Gefahr und Verteuerung der Betriebe erblicke. Der leitende Grund für die fast einstimmige Durchführung dieses Gesetzes sei der

Kampf um die Seele der Arbeiter. Mit solcher Stimmung- und Gefühlspolitik vernichte man die Blüte des deutschen Wirtschaftslebens. Eine unüberlegte, übertriebene Arbeiterfürsorge lagere in das Gegenteil um, sie vernichte die beste Fürsorge: lohnende Arbeitsgelegenheit.

Daß in dieser von 6000 Personen besuchten Versammlung sich einige fanden, die diesen Ausführungen Beifall spendeten, will nichts sagen. Die übergroße Mehrzahl der Teilnehmer jedoch ließ deutlich erkennen, daß sie Herrn Kirdorfs Auftreten entschieden mißbilligten. Stürmischer Widerspruch, ununterbrochene Unruhe und wiederholte Schlußrufe gaben ihm zu verstehen, daß es ratsamer sei, diesen Tiraden ein Ende zu machen. So wandte er sich dann dem eigentlichen Thema wieder zu und erklärte, sich für die Erbschaftsteuer nicht begeistern zu können. Damit aber hatte er dem Haß den Boden ausgeschlagen. Rufe wie: Abtreten! Herunter von der Tribüne! Schluß! Nicht ausreden lassen! zwangen schließlich den Vorsitzenden, sich schweigend des Herrn Kirdorf anzunehmen, der dann, um sich einen einigermaßen guten Abgang zu sichern, in bewundernswürdiger Wandlungsfähigkeit zum Schluß sich plötzlich für die Erbschaftsteuer aussprach.

Wir verjagen es uns, dieses Verhalten näher zu kritisieren. Auch auf die scharfmacherische Kapuzinade näher einzugehen, lohnt sich kaum der Mühe. Immer und ewig das alte Lied, niemals ein neuer Gedanke! Soll man denn immer und immer wieder betonen, daß trotz der „unertäglichen sozialpolitischen Lasten“, die unsere Konkurrenzfähigkeit untergraben sollen, die deutsche Industrie einen noch niemals dargebotenen Hochstand erreicht und auf dem Weltmarkt sich einen der ersten Plätze erobert hat? Soll stets von neuem wiederholt werden, daß die Unternehmer die ihnen auferlegten Lasten von sich abzuwälzen und den Abnehmern aufzubürden verstanden haben? So lange es eine sozialpolitische Gesetzgebung bei uns gibt, sind die Gesinnungsgegnossen des Herrn Kirdorf dagegen Sturm gelaufen. Wenn sie dem sozialen Fortschritt auch mancherlei Hindernisse entgegengestellt haben, ihn völlig aufzuhalten haben sie nicht vermocht. Und alle ihre Drohungen, alle von ihnen geschilderten Schrecknisse haben sich als eitel Dunst erwiesen. Deshalb hört man in urteilsfähigen Kreisen auch allmählich auf, solche Klagegeschänge ernst zu nehmen. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr allzu fern, wo man darüber stillschweigend hinweggeht. Denn an eine Belehrung oder gar an eine Vekehrung ist doch nicht zu denken. Selbst die „Sicherheitsmänner“, wie sie in dem neuen preussischen Vergesetz vorgesehene sind, gegen deren Einführung sich die übergroße Mehrheit der organisierten Bergarbeiter wegen ihrer Unzulänglichkeit ausgesprochen hat, haben es Herrn Kirdorf angetan. Sie sind ihm eine schwere soziale Gefahr, die womöglich zum Ruin des gesamten Bergbaus führen muß. Da verzichtet man am zweckmäßigsten auf jede Diskussion. Die Zeit kann man besser verwenden.

Die Herrn Kirdorf gesinnungsverwandte Presse suchte ihn natürlich möglichst herauszuheulen. Die „Post“, ehemals Leibreptil des Herrn v. Stumm, unterschlägt einfach die entristeten Zitate und Mißfallensfundgebungen, wie sie auch die eigenartige Stellung ihres Schüglings zur Erb-

anfallsteuer verschweigt. Eine andere Taktik schlägt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ebenfalls ein wachstüchtes Scharfmacherblatt, ein, die sich in heftigen Ausfällen gegen die Zeitungen gefällt, die Herrn Kirdorfs antizipal. Rede scharf kritisiert haben, und die Widerladet dieses Herrn als den „Mob der Börse“ bezeichnet.

„Leute, die einen Satz mit Abzugrufen, mit dem Aufruf: „Herunter von der Tribüne“, „abtreten“, „nicht ausreden lassen“ in einer Versammlung empfangen, die gerade durch die Beteiligung der Industrie außerordentlich gewonnen hat, das sind nicht die Elemente, mit denen die deutsche Industrie auf die Dauer zusammengehen kann.“

Dann wird gehörig über das „Berl. Tageblatt“ und die doktrinären Freisinnigen hergezogen und gesagt:

„Die deutsche Industrie aber wird niemals vergessen, daß dieselben Leute es gewesen sind, die jeden Schutzoll verweigerten und im Interesse ihrer Freihandelslehre bereit waren, den ganzen deutschen Gewerbestich zu ruinieren. Die deutsche Industrie wird niemals vergessen, daß gerade jene Kreise es gewesen sind, die die schändliche, übertriebene sozialpolitische Gesetzgebung gefördert haben, unter der heute nicht nur die Großindustrie, das Baugewerbe, der Ladenbesitzer, sondern auch der Handwerker in schlimmer Weise leidet. Die deutsche Industrie und alles, was über Besitz und Bildung verfügt, wird ferner nicht vergessen, daß dieselben Leute die schlimmsten Schreier für eine Aenderung des preussischen Wahlrechts sind, wodurch auch Preußen sozialdemokratisches und ultramontanes Demagogie ausgeliefert wurde. Diese Leute hoffen, die Industrie als Sturmbock benutzen zu können für ihre selbsttätigen und volkverderblichen Zwecke.“

Wir wollen einmal absehen von den Uebertreibungen, die in diesen Sätzen enthalten sind. Jedenfalls geht aus ihnen deutlich hervor, daß alles, was auf wirtschaftlichen und politischen Fortschritt hinstrebt, diesem Scharfmacherorgan und den hinter ihm stehenden Kreisen im Grunde verhaßt ist. Freihandel, sozialpolitische Gesetzgebung, ein gerechtes Wahlrecht sind diesen Elementen ein Greuel. Das wird hier mit aller Offenheit ausgesprochen.

Soziale und politische Reaktion in frasserer Form tritt uns aus diesen Ausführungen entgegen. Sie wird verkörpert in Herrn Kirdorf, der so unvorsichtig war, seine Anschauungen in jener Zirkus Schumann-Versammlung zum Ausdruck zu bringen. Daß man ihn damit so gründlich abfallen ließ, ist für uns eine der erfreulichsten Erscheinungen jener Veranstaltung.

Unsere Reise nach England.

VI.

Für den Empfang unserer Delegation lägen so viele Anerbietungen vor, daß die Zeit von einer Woche viel zu kurz sei, um alle Einladungen annehmen zu können. So hatte man uns schon vor Beginn unserer Reise nach London mitgeteilt. Umso mehr verdient es Dank und Anerkennung, daß unter Führung von Mr. Maddison das Programm so festgelegt worden war, daß jeder Tag Neues und Eigenartiges brachte. Und was wir nun erleben sollten am 5. Tage unseres Aufenthaltes, das war so recht geeignet, sich dauernd in unserer Erinnerung festzusetzen: Der Besuch bei der Baugenossenschaft Hamstead Tenants auf Golden Green. An interessanter Autofahrt durch Wohngebiete Londons kamen wir zunächst auf freies, hügeliges, mit Heien bewachsenes Feld, von dessen Höhe ganz London zu überblicken war.

Das heißt, so weit das überhaupt möglich ist. Denn wenn man eine so große Stadt mit dem menschlichen Auge ganz erfassen wollte, dann müßte unter Schorganz, dies köstliche Wunderwerk am Bau unseres Körpers, noch sehr viel schärfer eingeteilt werden können, als wir das vermögen. Wir haben bis zur Gize; was dahinter lag, verlor sich allmählich in dem blaugrauschwarzen Dunst, der aus den vielen hunderttausend Schornsteinen und Schornsteinchen emporsteigt. Das Ende der vor uns liegenden Stadt war nicht abzusehen; da sah das Auge nur noch dunstige Lämmerung, die sich schließlich mit dem Horizont verband, als wäre hier auch das Ende der Welt. So ist's mit dem Menschen: Auch dem weitesten Gesichtskreis sind Grenzen gezogen!

Auf der weiteren Fahrt haben wir noch fabelhaft große Gebiete, die jetzt der Bebauung erschlossen werden. Die Kienstadt reckt und dehnt sich immer noch und kann dies vorläufig noch ungehindert weiter tun. Dann waren wir plötzlich am Ziel unserer Reise angekommen. Der Vorstand der Baugenossenschaft, an der Spitze Arbeiter-Parlamentarier Mr. Henry Bibian, empfing uns mit großer Herzlichkeit. Das erste war die wohlbelungene photographische Aufnahme eines Gruppenbildes und dann folgte die Besichtigung der Häuser. Begründet wurde die Gesellschaft am 18. März 1907, und schon reißt sich Straße an Straße von freundlichen Kleinen, bereits bewohnten Häusern. Die Begründung erfolgte auf Grund des „Industrial and Provident Societies“ Gesetzes mit gegenseitiger gemeinschaftlicher Teilhaberschaft (Co-partnership). Auf 70 Morgen Land sollten nach und nach 700 Häuser errichtet werden. Geräumige Spiel- und andere Plätze sind vorgesehen. Das Land ist, wie die Leser das schon kennen gelernt haben, auf erneuerbare Erbpacht erworben. In 25 Minuten fährt man mit der Schnellbahn (Untergrundbahn) unter Berührung von 12 Stationen bis nach Charing Cross in das Berg Londons. Arbeiter-Wohnarten oder Abonnementarten werden nicht ausgenommen. Die tägliche Arbeiter-Rückfahrkarte (Borkmans Ticket) kostet 2 Pence (16 Pfennig). Nach ähnlichem System sind auch noch an 9 anderen Stellen um London herum Baugenossenschaften gegründet worden. Die 80 Genossenschaften werden von einer „Gesellschaft zum gemeinschaftlichen Haus-erwerb auf genossenschaftlicher Grundlage“ umfaßt, die zusammen 2864 Häuser auf 282 Morgen Land errichtet bzw. zum guten Teil bereits errichtet hat.

Das Kapital der Gesellschaft, zur Zeichnung auf dem gewöhnlichen Wege aufgelegt, ist geteilt in Loan Stock (Darlehen) und Shares (Anteilscheine). Die Zinsen für Loan Stock sind beschränkt auf 4 Proz., während Shares zu 5 Proz. rentieren. Das Komitee, das der Baugesellschaft vorsteht, wird von den Share-Inhabern gewählt. Das gesamte Kapital, aus dem auch die Kosten der Leitung, die übrigens sehr gering sind, bestritten werden, ist zum Bau von Häusern auf Grund des festgelegten Schemas bestimmt. Die Gebäude werden unter erfahrener Leitung zum billigsten Preise aufgeführt, unter gleichzeitiger Veranlassung der besten Arbeitskräfte. Sie werden den Mietern, die alle Share-Inhaber der Gesellschaft sind, zum gewöhnlichen Mietpreise überlassen, und der Ueberfluß, nach Bezahlung der Kapitalzinsen, Rückstellungen für Reparaturen, Tilgungsfonds und so weiter, nach Maßgabe ihres Mietbetrages ihnen solange gutgeschrieben, bis sie auf diese Weise das Haus zum Eigentum erworben haben.

Dieses System bietet dem Mieter Vorteile in verschiedener Hinsicht: 1. Er sichert sich sein Haus zum Betrage, der zur Erbauung aufgewendet wurde; jeder irgendwie bei der Erbauung erzielte Profit kommt ihm demnach zugute. 2. Er ist ein Mitglied einer kooperativen Gemeinschaft und genießt so alle sozialen und erzieherischen Wohltaten, die damit eingeschlossen sind; er lebt in einem Distrikt oder Vorort, angelegt nicht zum Profit von Landpekulanten, sondern auf rationaler, angenehmer und zweckdienlicher Basis. 3. Falls er wünscht, den Bezirk zu verlassen, z. B. durch Wechseln seiner Arbeitsstelle oder ähnlicher Umstände, so hat er einen Besitz, über den er leicht verfügen kann, und der, falls er ihn trotzdem zu behalten gedenkt, regelmäßigen Zinsersatz sowohl ihm, als auch jedem anderen mit Kapital an der Baugesellschaft Beteiligten einbringt. Er lebt so unter viel vorteilhafteren Umständen als der Arbeiter, der sein Haus unter dem alten System erworben hat, der nicht nur der Vorteile der Kooperation, sondern auch derjenigen einer modern angelegten Stadt verlustig geht, und der falls Umstände ihn zwingen, sein Haus zu verlassen, mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die oft empfindliche materielle Verluste für ihn im Gefolge haben.

Um sich gegen alle diese Unannehmlichkeiten zu sichern, genügt es, sich einen Share von 100 Pf.

zu sichern und einen kleinen monatlichen Beitrag zu leisten.

Ueberhaupt erhöht das System die Sicherheit des angelegten Kapitals. Jedes Mitglied einer Co-partnership Society hat ein Interesse daran, daß die Häuser in guter Ordnung gehalten werden, und daß leere Häuser schnell vermietet werden; auf diese Weise trägt es dazu bei, den Profit der Gesellschaft (und damit den eigenen) zu erhöhen, der nach Bezahlung von Kapitalzinsen, Rückstellungen für Reparaturen und Tilgungsfonds usw. sich ergibt.

Seit der am 18. Mai 1907 erfolgten Gründung der Gesellschaft wurden 150 Häuser gebaut und 30 weitere sind gegenwärtig im Bau begriffen. Diese Häuser sind schnell an Share-Inhaber vermietet worden; für die meisten war die Nachfrage sogar so stark, daß diese mehrere Male hätten vermietet werden können. Jedes Haus hat einen schönen Garten, und in jedem wurden zwei Obstbäume gepflanzt; zur Verschönerung wurden die Gärten mit Hecken, anstatt mit Mauern abgetrennt. Der Preis der Miete bewegt sich zwischen 6 und 12 Pf. der Woche, inklusive Rates und Taxes (Staats- und Gemeindesteuern). Die Häuser sind entweder einzelfach für je eine Familie gebaut, oder, um des Gesamtbildes willen, zu 2 und 3 zusammenhängend errichtet. Tritt man in das Haus, so kommt man zunächst in die gute Stube, hinter der die Küche liegt. Der Kochherd für Gas und Kohle ist fest eingebaut. Unter dem großen Küchenschiff steht die Badewanne. In der guten Stube und in den anderen Zimmern wird kein Nagel in die Wand geschlagen. Unter dem Kries ist eine durch das ganze Zimmer laufende Leiste angebracht, an der an Schnüren die Bilder und sonstiger Wandschmuck aufgehängt werden. Eine zur Nachahmung sehr zu empfehlende Einrichtung. Aus der guten Stube geht eine Käufer belegte Treppe hoch nach den Schlafzimmern im oberen Stockwerk. Die Zimmer sind klein, aber jede Familie hat für 6 Pf. Bodenmiete ein eigenes Haus mit 3 Zimmern, einer Küche und kleinem Gärtchen. Die Gesellschaft hat eine Mitgliederzahl von 360 und verfügt über ein Kapital von weit über 800 000 Pf. Weiteres Kapital ist jedoch erforderlich, um das Werk zu vervollständigen, wie es geplant ist. Daran wird es aber nicht fehlen, da es sicher ist, daß das Kapital sich verzinst. Das Komitee ist sich dessen bewußt, daß seine Hausreform einen dauernden Wert hat, wenn sie nicht auf geschäftsmäßigen Prinzipien durchgeführt wird. Und das geschieht hier in rationaler Weise.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 18. Juni 1909.

Geschäftige Angriffe richtet das christlich-soziale „Reich“ gegen die Gewerkschaften, und um dies zu können, stellt es die Wahrheit direkt auf den Kopf. Wir laßen es ab, auf diese Föbelereien zu antworten und begnügen uns mit der Feststellung der Tatsache, daß wir uns auf Anregung von national denkenden Männern, die sich um die Einheitslichkeit der nationalen Arbeiterbewegung recht lebhaft, aber bisher vergeblich bemüht, bereit erklärt haben, mit dem Vorstand des Arbeiterkongresses über eine eventuelle Beteiligung der Gewerkschaften in Verhandlungen einzutreten. Von einem Antrage oder gar einer Bitte um Zulassung zum Kongress kann gar keine Rede sein. Von dem Gange dieser Verhandlungen würde es abhängen, ob der Zentralrat seine Zustimmung zur Beteiligung gibt.

Seute erfolgte im „Reich“ ein neuer Angriff, der sich gegen die „Hilfe“ wendet, weil dieses Blatt die Behereien des „Reich“ gegen die Gewerkschaften zurückgewiesen hatte. Auch hier begnügen wir uns mit der Feststellung, daß der „Hilfe“-Artikel weder von uns geschrieben, noch inspiriert worden ist. Denn auch die „Hilfe“, die es sicherlich gut gemeint hat, was wir gern anerkennen, geht von der falschen Voraussetzung aus, daß von uns ein Antrag auf Zulassung zum Kongress gestellt worden sei.

Die Einführung von Lohnämtern für die Heimindustrie sieht ein von der Reichstagskommission zur Beratung der Gewerbe-Ordnungs-

novelle angenommener Antrag vor. Es soll dadurch den Behörden das Recht eingeräumt werden, für bestimmte Gewerbe, in denen Heimarbeiter in größerer Zahl zu einem im Vergleich zu anderen Arbeitern außergewöhnlich niedrigen Lohn beschäftigt werden, Lohnämter zu errichten, die zu gleicher Zahl aus gewählten Vertretern der Gewerbetreibenden und der Arbeiter unter einem bestimmten Vorsitzenden zusammengefaßt sind. Aufgabe dieser Lohnämter soll es sein, für die in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter auf Grund der ermittelten orts- und berufsüblichen Löhne Mindestzeit- oder Mindest-Stücklöhne für einen bestimmten Zeitraum festzusetzen. Nun hat die Regierung in der Kommission diesem Antrage gegenüber eine scharf ablehnende Stellung eingenommen. Da nun am Mittwoch die Kommission sich in zweiter Lesung mit dem Antrage nochmals zu beschäftigen hatte, hielt es der Ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen, dem neben anderen Organisationen auch der Verband der Deutschen Gewerkschaften angeschlossen ist, für angebracht, der Regierung nochmals die Notwendigkeit eines staatlichen Eingreifens zugunsten der Heimarbeiter darzulegen. Am Dienstag fand denn auch im Reichsamt des Innern eine gründliche Aussprache statt, durch die sicherlich wenigstens das Eine erreicht worden ist, daß die Regierung der Frage der Lohnämter eine größere Aufmerksamkeit schenken und die Erfahrungen, die man in England damit machen wird, sorgfältig beobachten wird. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine Regierung, die ernstlich gewillt ist, dem Heimarbeitenden zu steuern um die Einführung solcher Lohnämter nicht herum kann. Hoffentlich hat die stattgehabte Besprechung dieser Erkenntnis den Weg geöffnet!

Wichtiger Erfolg hat trotz seines kurzen Bestehens unser Gewerkschaften der Eisenbahner (G.-D.) zu verzeichnen. Auf die dringenden Vorstellungen seines Vertreters hin wurde am Breslauer Güterbahnhof U.S. die Arbeitszeit pro Woche um neun Stunden herabgesetzt, ebenso traten bei der Eisgattabfertigung bezüglich der Sonntagsarbeit dadurch erhebliche Verbesserungen ein, daß namentlich der zweite Sonntag als freier Sonntag gewährt ist. Auch sonst fand der Vertreter des Gewerkschaftsvereins bei der einschlägigen Behörde Entgegenkommen, soweit Abhilfe eben im Machtbereich dieser Verwaltungsstelle gelegen ist.

Den Behörden ist es in die Hand gegeben, durch die Art und Weise, wie sie sich den Eisenbahnern und ihren Forderungen gegenüberstellen, der gesamten deutschen Arbeiterchaft den Beweis zu erbringen, daß der Arbeiter auch auf dem Boden des Rechts und der Staatsverfassung in ideller und materieller Weise vorwärts kommen kann. Deshalb wäre es dringend zu wünschen, daß man auch an anderen Orten den Eisenbahnern etwas mehr Entgegenkommen zeigt. Diesen aber ist andererseits ein deutlicher Fingerzeig gegeben, wie sie ihre Interessen am besten wahren können: durch den Anschluß an den Gewerkschaften der Deutschen Eisenbahner (G.-D.), über den jede weitere Auskunft gern erteilt wird durch G. B. Böhme, Gleiwitz, Barbarastr. 36.

Eine Denkschrift über die Reichswertzuwachssteuer hat die Regierung zugleich mit dem neuen Gehaltentwurf betr. Änderung des Reichssteuergesetzes verteilen lassen. Darin wird mitgeteilt, daß die Reichsfinanzverwaltung eine Konferenz einberufen habe, in der unter Zuziehung von Sachverständigen die Vorlage eines Entwurfs betr. Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien erwogen worden ist. Hierbei habe sich ergeben, daß die reichsrechtliche Regelung der Besteuerung des Wertzuwachses bei Grundstücken zum mindesten zurecht und für die Zwecke der gegenwärtigen Finanzreform nicht durchführbar erscheint. Als Gesamtergebnis der Erwägungen stellt die Denkschrift fest:

1. Die Besteuerung des unbewerteten Zuwachses ist an sich berechtigt und für die Gemein-den sehr geeignet.

2. Einer Beteiligung des Reiches stehen gewisse Bedenken insofern entgegen, als eine Rücknahme auf die Gemeindefinanzinteressen in dem wünschenswerten Umfang und eine gleichmäßige Heranziehung von Stadt und Land schwer möglich ist, auch ein einigermaßen beträchtliches und gleichmäßiges Aufkommen sich nicht erwarten läßt.

3. Für die Zwecke der gegenwärtigen Reichsfinanzreform kann die Ausbarmachung dieser Steuerart jedenfalls nicht in Frage kommen, weil sie zurecht in der Praxis und Wissenschaft noch zu wenig geklärt ist, als daß innerhalb der für

die Finanzreform zu Gebote stehenden Frist die Vorarbeiten für eine gezielte Regelung beendet werden können.

Arbeiterbewegung. Die Lohnbewegung der Berliner Bauklemperer hat am Dienstag und Mittwoch von neuem das Einigungsamt beschäftigt. Trotz vieltägiger Verhandlungen wurde kein Resultat erzielt, so daß schließlich ein Schiedspruch gefällt wurde, der dem von den Unternehmern ausgearbeiteten Tarifentwurf verteuert ähnlich sieht. Akkordarbeit, die der früherer Tarif gänzlich ausließ, soll zulässig sein; allerdings soll der Stundenlohn garantiert werden. Die von den Arbeitern geforderte Stundenlohnerhöhung soll erst am 1. Oktober eintreten, und zwar von 72% auf 74%. Für die Ausgelernten bringt der neue Tarif ebenso wie der Schiedspruch ebenfalls Verschlechterungen. Ueberstunden sollen bis 9 Uhr abends — früher bis 10 Uhr — mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt werden. Die Arbeitszeit bleibt die 9 stündige. Während nach dem alten Verträge Sonnabend 1/2 Stunde und vor den hohen Feiertagen 2 Stunden früher Feierabend gemacht wurde ohne Lohnkürzung, kann jetzt diese Art der Arbeitszeitverkürzung eintreten; doch soll nur die wirkliche Arbeitszeit bezahlt werden. Die Entschädigung bei auswärtigen Arbeiten wird von 3 Mk. auf 2,50 Mk. herabgesetzt. Organisationsbeamte sollen künftig der Schlichtungskommission angehören dürfen. Der Tarif soll bis 1912 Geltung haben. Ueber Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs sollen sich die Parteien binnen einer Woche äußern. — In Kiel ist die Situation so gut wie unverändert. Rund 500 Gemeindegewerkschafter sind in die Bewegung verwickelt, an deren Stelle etwa 250 Arbeitswillige beschäftigt werden. Die Erregung in der Bevölkerung ist noch sehr groß. Die Ausständigen bzw. Ausgesperrten haben das Gewerbeamt angegriffen. — In Lithographenstein-Gebiet von Solnhofen sind am Mittwoch 800 Steinarbeiter ausgesperrt worden, weil sie einen von den Unternehmern ausgearbeiteten Tarif ablehnten. — Der Streik der Holzarbeiter in Würzburg dauert fort. Die Unternehmer sind eifrig bemüht, Arbeitswillige heranzuziehen, was ihnen unter dem Schutz der Behörden auch zum Teil geglückt ist. — Auf der Oberschlesischen Drahtindustrie A.G. in Gleiwitz ist den Arbeitern durch Anschlag vom 1. Juli ab eine 5-12 prozentige Lohnabsetzung angekündigt worden. Infolgedessen hat ein Teil der Drahtzieher sofort die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen hatten wegen Abwesenheit der Direktoren bisher keinen Erfolg. — Wegen erheblicher Mißstände haben auf der Zeche Werne b. Hamm 150 Bergleute die Arbeit eingestellt. Der Ausstand der Strakenbahn angelegte in Petersburg, der sich über 4200 Arbeiter erstreckt, dauert fort, obwohl die Polizei zahlreiche Agitatoren verhaftete. Einzelne Wagen, mit denen man den Verkehr aufrecht zu erhalten bemüht ist, werden unter polizeilicher Bedeckung von Ingenieuren geführt. Am Dienstag fuhr ein Wagen zusammen, wobei zehn Personen verletzt wurden. — Die Chauffeure der Postautomobile, welche den Verkehr zwischen den österreichischen Küstenstädten und der montenegrinischen Hauptstadt Cetinje vermitteln, sind in den Streik getreten, um eine Lohnserhöhung und Regelung der Arbeitszeit durchzusetzen. — Die Lage im englischen Kohlenbergbau wird immer kritischer. Nahezu alle Grubenbesitzer wollen die Kürzung der Arbeitslöhne durchführen und haben sich gegen die Einführung eines Mindestlohnes von 6 Schilling erklärt. Die Bergarbeiter haben zwecks weiterer Stellungnahme bereits eine Konferenz nach London einberufen. — In Malmö in Schweden sind die Brauereiarbeiter und Mineralwasser-Arbeiter ausgesperrt worden, weil sie eine Lohnserhöhung und die Einführung eines 14-tägigen Erholungsurlaubs forderten.

Sicherheitsmänner nach preussischem Vorbild sollen auch im Königreich Sachsen eingeführt werden. Mit der Einladung zu einer Besprechung am 5. Juli verbandet die sächsische Regierung an die Vorstandsmitglieder der Allgemeinen Knappschafts-Krankenkasse einen „Borontwurf“ betreffend Sicherheitsmänner in den Kohlen- und Erzgruben. Sie will zu gelegener Zeit Vorgehen gezwungen sein, weil ihre Hoffnung, die Grubenbesitzer würden freiwillig eine systematische Kontrolle der Gruben abschaffen, sich nicht erfüllt habe. Nach diesem „Borontwurf“ ist nun vorgezogen, daß auf Bergwerken, auf welchen in der Regel mehr als 30 Arbeiter unter Tage beschäftigt werden, die Grubenarbeiter zur Ueberwachung der

Sicherheit des Betriebes planmäßig zugezogen werden sollen. Zu diesem Zwecke sollen Sicherheitsmänner gewählt werden, die während der Dauer ihrer Wahlperiode ohne Grundung nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes und in diesem Falle auch nur unter Einhaltung einer 14-tägigen Kündigungsfrist aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden dürfen. Auf größeren Werken soll auf 300 Mann ein Sicherheitsmann kommen. Derselbe wird in geheimer und direkter Wahl von der Untertags-Belegschaft seines Wahlbezirks und aus ihrer Mitte gewählt. Wahlberechtigt sollen nur volljährige Arbeiter sein, die seit mindestens einem Jahr ununterbrochen vor der Wahl auf der Grube gearbeitet haben, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und im Wahlbezirk angelegt sind. Der zu Wählende muß dagegen das 30. Lebensjahr vollendet haben, deutscher Staatsangehöriger sein, darf seit 5 Jahren wegen Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften nicht behördlich oder werksseitig bestraft sein, muß ebenfalls im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein und seit fünf Jahren unter Tage als Bergmann und davon mindestens drei Jahre als Säuer oder Zimmerling gearbeitet haben, und davon mindestens ein Jahr vor der Wahl auf der Grube, wo er gewählt werden soll. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre; eine Wiederwahl ist für die nächsten zwei Wahlperioden (vier Jahre) nicht zulässig.

Was die Befugnisse der Sicherheitsmänner anbelangt, so dürfen sie an einem selbst zu bestimmenden Tage mindestens ein- und höchstens dreimal monatlich ihr Revier und die Hauptschächte mindestens jährlich einmal besichtigen. Sie haben sich aber an die geordneten Anfahrzeiten zu halten und vorher den Obersteiger rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Ihre Befragungen dürfen sie nur in Begleitung eines Beauftragten der Grubenverwaltung ausführen. Anordnungen selbst treffen dürfen sie nicht, sie können nur ihre Wahrnehmungen in das von der Betriebsleitung zu verwahrende „Fahrbuch für Sicherheitsmänner“ eintragen.

Die Sicherheitsmänner bleiben im Dienste des Werkes, von dem sie unter den oben angeführten Bedingungen entlassen werden dürfen. Gerade diese Abhängigkeit ist es, was die Einrichtung illusorisch und zum macht, was auf der Berliner Bergarbeiterkonferenz Geheimrat Silger als „Weiße Salbe“ bezeichnete.

Die Raiffeisen und der Metallarbeiterverband. Die Resolution der Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes zur Raiffeisen, mit der auch wir uns in unserer vorletzten Nummer beschäftigt haben, hat naturgemäß den hellen Jörn der sozialdemokratischen Prinzipienwächter in der „Vorwärts“-Redaktion entzückt. In der Sonnabend-Nummer werden in einem längeren Artikel den Referenten Reichel und Sebering heftige Vorwürfe gemacht. Die Stelle in dem Beschluß, den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes als Einzelpersonen die ganze Verantwortung für die Entscheidung, am 1. Mai zu feiern oder nicht, aufzubürden, schlage dem großen Organisationsgedanken, der in den modernen Arbeitervereinigungen verflochten ist, brutal ins Gesicht. Der Hamburger Beschluß sei einer der bedauerlichsten, den jemals eine deutsche Arbeiterorganisation gefaßt habe; denn andere Gewerkschaften würden dem Hamburger Beispiel folgen.

Diese Ausführungen bestätigen nur unsere Auffassung von der Sache. Die Raiffeisen ist lediglich eine politische Demonstration, und man kann deshalb dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei den Schmerz nachfühlen, daß der Metallarbeiterverband davon nichts mehr wissen will. Andererseits aber ist es nicht gerade ein gutes Zeugnis für diese Organisation, daß es so langer Zeit bedurft hat, bis man sich zu der Erkenntnis der Zwecklosigkeit dieser Demonstration durchgerungen hat.

„Genossen“ unter sich. Daß den „freien“ Gewerkschaftlern, wenn es sich um die Gewinnung neuer Mitglieder handelt, kein Mittel zu schlecht ist, daß sie Andersdenkenden und Andersorganisierten gegenüber den schlimmsten Terrorismus ausüben, ist eine Tatsache, die nur von den „Genossen“ selbst geleugnet wird. Wie groß der Mißgelingen in jenen Kreisen ist, das geht am besten daraus hervor, daß man sich nicht scheut, selbst Mitglieder anderer Gewerkschaften mit Gewalt zu sich herüber zu ziehen. Ein drastisches Beispiel liefern dafür die Verhältnisse in Nürnberg. In der „Fränkischen Tagespost“ veröffentlicht die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu Nürnberg eine große Annonce, in der es heißt, daß in letzter Zeit wiederholt Klagen laut geworden sind,

„daß unseren Mitgliedern, welche infolge der gegenwärtigen Krise in der Metallindustrie gezwungen sind vorübergehend auf Bauten als Hilfsarbeiter tätig zu sein, von Vertrauensleuten der Bauarbeiterorganisation die Mitgliederbücher abgenommen wurden. Es ist sogar vorgekommen, daß unsere Mitglieder gezwungen wurden, die Arbeitsstelle zu verlassen. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses Verfahren den Beschlüssen des Gewerkschaftsverbandes widerspricht. In der Resolution betr. Vermeidung von Grenzstreitigkeiten (Hamburger Gewerkschaftscongress, Seite 46) ist die „Unterlassung jedes Druckes auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder“ geboten.

Wir ersuchen daher unsere Mitglieder, uns alle Fälle, in denen gegen die Bestimmungen des Gewerkschaftsverbandes verstoßen wird, zu melden. Weiter empfehlen wir unseren Kollegen, zwecks Kontrolle über ihre Organisationszugehörigkeit nicht mehr die Mitgliederbücher vorzuzeigen, sondern sich auf unserem Bureau eine Bestätigung ausstellen zu lassen.“

Daraus geht also hervor, daß offiziell auf einem Gewerkschaftscongress den Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber jeder Terrorismus verboten wird. Von Andersorganisierten ist nicht die Rede; denen gegenüber ist er gestattet. Ein interessantes Geständnis! Die „zielbewußten“ Bauarbeiter fragen aber nichts nach jenem Beschluß, sondern versuchen mit allen Mitteln, die Metallarbeiterverbände zu sich herüberzuziehen. Das wird auch bestätigt durch eine in derselben Nummer der „Fränkischen Tagespost“ enthaltene Annonce des Zentralverbandes der bausewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Nürnberg, in der es heißt, daß das im Auszuge veröffentlichte Inerat auf den Zentralverband der bausewerblichen Hilfsarbeiter nicht den geringsten Bezug habe, und dann heißt es weiter:

„Was die seitens der Baudelegierten vorzunehmende Bücherkontrolle anbelangt, so sind für uns die gefaßten Mitgliederbeschlüsse maßgebend; andere Ausweise betreffend die Zugehörigkeit zur Organisation, als Mitgliederbücher, sind unzulässig.“

Wie gesagt, die Bauhilfsarbeiter pfeifen auf die Beschlüsse der Gewerkschaftscongresses. Ihnen ist der Terrorismus ein Kampfmittel nicht nur gegen Andersorganisierte, sondern gegen die eigenen Genossenschaftsgenossen. Es schadet gar nichts, daß diese einmal am eigenen Leibe erfahren, wie eine solche Handlungsweise wirkt.

Die Reichsversicherungsordnung hat kürzlich auch einen außerordentlichen Bundestag des Reichsverbandes der deutschen Berufsgenossenschaften beschäftigt. Das Protokoll der Tagung ist nunmehr den Mitgliedern des Bundesrats zugefandt worden. In dem beigefügten Beileitschreiben wird hervorgehoben, daß der Entwurf der Reichsversicherungsordnung in berufsgenossenschaftlichen Kreisen eine tiefgehende Beunruhigung und eine allgemeine Besorgnis hervorgerufen habe. Die Berufsgenossenschaften seien überzeugt, daß der Entwurf weder eine Vereinfachung der Arbeiterversicherung noch eine Vereinfachung und Vereinfachung des Verfahrens bewirken würde. Die vorgeschlagenen Versicherungsämter würden vielmehr die Arbeiterversicherung verteuern, das Verfahren verlangsamen und am letzten Ende die Selbstverwaltung aus der Sozialversicherung ausschalten und die letztere vollständig bureaukratisieren. Die Versicherungsämter würden enorme Kosten verursachen, den Berufsgenossenschaften aber keine Entlastung und den Versicherten keine Vorteile bei der Geltendmachung ihrer Ansprüche verschaffen.

Gewerkevereins-Teil.

§ 30 (Stettin.) Ein Bezirkstag der niederschlesischen und Lausitzer Ortsverbände und Ortsvereine fand hier selbst am 23. Mai statt, zu dem sich außer zahlreichen Gästen, Delegierte aus Neufals a. O., Sagan, Sorau, Glogau, Brimkenau, Rohenau, Bunzlau, Rodlau, Rauschwalde, Görlitz, Tschirndorf, Cottbus, Riegenitz, Forst, Gassen und Sommerfeld eingefunden hatten. Verbandssekretär Kollege Reustedt in Berlin hielt zunächst einen gebiigen Vortrag über „Unser Gewerkevereinsprogramm“, in dem er anschaulich den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, ihre Licht- und Schattenseiten schilderte und die Entstehung und Eigenarten der verschiedenen Arbeiterorganisationen erörterte. Die Deutschen Gewerkevereine haben das Prinzip der Selbsthilfe stets hochgehalten und werden es auch nie aufgeben; doch verlangen sie die Staatshilfe, wo die Selbsthilfe nicht ausreicht. Diese Staatshilfe muß im Sinne unserer auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gerichteten Bestrebungen beeinflusst werden. Somit verfolge sie, wie der Entwurf der Reichsversicherungsordnung erst wieder zeigen, Redner präzierte sodann die Forderungen der Gewerkevereine, die außer

*) Ruhte wegen Raumangels bis jetzt zurückgestellt werden.

Tagelöhner, Schiedsgerichten und Unterstützungsstellen... forderlen: Hebung der materiellen Lage und Sicherung der Arbeitsethik...

Um diesen Forderungen und dem Gewerkevereinsgedanken mehr zum Durchbruch zu verhelfen, verlangte Redner größere Opferwilligkeit...

Reicher Beifall lobte den Redner für seinen Vortrag. Kollege Salomon... Culau referierte sodann über die Aufgaben der Ortsvereine...

halb der weitaus größte Teil der hiesigen Gehilfen der Organisation angeschlossen sein wird...

Werte Gewerkevereinskollegen! In Euch alle, die Ihr Interesse an der Entwicklung der Gewerkevereine habt, richten wir Gärtner Quedlinburgs die herzlichste Bitte...

Wiederholt, werthe Gewerkevereinskollegen, richtet der Gewerkeverein der Gärtner in Quedlinburg die dringende Bitte an Euch...

Mit Gewerkevereinsgruß! Gewerkeverein Deutscher Gärtner Quedlinburg.

J. A. G. u. t. a. F. e. s. s. e. l., Vorsitzender, Halberstädterstr. 32. Quedlinburg, im Juni 1909.

Frauen-Vergnügungsfest des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine. Leitung über eingeleitete Beiträge. Monat Mai 1909.

Bauhandwerker: Pojen Nr. 34,78. Fabrik- und Handarbeiter: Berlin 1,17, Gabelau 2,60, Eberbach 4,50...

3.12. Textilarbeiter: Apolda II 2,08, Bad-Sulze 1,00, Cottbus 0,25, Guben 2,86, Selmsbruchs 47,19, Sommerfeld 6,37, Weiskand 2,08. Summa 240,23 Mt. Berlin, Juni 1909.

J. Reußner, Hauptkontrollleur.

Berichtungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/222. Mittwoch, 23. Juni. Letzte Sitzung vor den Sommerferien...

Leipzig. Deutsche Handelshilfsarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“...

Orts- und Nebianverbände.

- Nach (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Leuchter, Ecke Hanfmannplatz und Fischstraße. - Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Hiltmanns Hotel, Boosstr., Diskutierabend. - Dresden (Distriktsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu Webergasse 28 statt. - Gagen a. R. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. - Köln (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Eiserstraße. - Quedlinburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hafentamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskutierabend. - Wilmshausen (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Köhler, Sandstraße 38. - Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. - Leipzig (Gewerkevereins-Vereinstafel). Die Nebensitzungen finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. - Weiskand a. C. (Gewerkevereins-Abteilung der Gewerkevereine). Nebensitzungen jeden Dienstag, abends 8 1/2 - 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. - Weiskand a. C. (Ortsverband). Sonntag, 27. Juni, Vertreterversammlung in Berlin. - Quedlinburg (Ortsverb.). Sonntag, 4. Juli, nachm. 3 Uhr im Ortssaal in Weiskand a. C., Ortsverbandversammlung. Sonntag, 11. Juli, Ortsverbandfest in Timmerode. - Halle a. C. (Ortsverb.). Sonnabend, 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Pass.-Rest., Ortsverbandversammlung. L. D.: 1. Vortrag d. Herrn Dr. med. Herzfeld über: „Die Reichsversicherungsordnung“. 2. Gewerkevereinswahl. 3. Verschiedenes.

Verbands-Teil.

* Aufruf zur Gründung von Ortsvereinen der Gärtner.

In sehr erfreulicher Weise verstärkt sich ununterbrochen infolge reger Werbetätigkeit die Mitgliederzahl des hiesigen Ortsvereins der Gärtner...

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Bereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 17. Juli, in der Reuten Welt, Seitenbeide 108-114.

Großes Sommerfest.

Künstler-Gartenkonzert, Spezialitätenvorstellung, Brillant-Feuerwerk, Kinderbelustigungen.

Nach der Vorstellung: Sr. Sommernachtsball im großen Saal. Auserkennung 1 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Die Kaffeeküche wird um 2 Uhr geöffnet.

Billets à 30 Pfg. sind bei den Kassierern der Ortsvereine aller Gewerkevereine Berlins und Umgegend, bei dem Kassierer der Kombinierten, Kollegen Fiebert, O. 34, Bornborferstr. 59, v. IV, und am Tage des Festes an der Kasse zu haben.

Bei unglücklicher Witterung findet das Fest in dem 4500 Personen fassenden großen Saale statt. Es ladet freundlich ein Der Vorstand.

Niederdeutsch-Brandenburgischer Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.).

Am Sonntag, den 20. August cr., vormittags 11 Uhr, findet in Langensalza i. Schl. der

19. Delegiertentag

statt. Anträge hierzu müssen bis zum 1. August in den Händen des Schriftführers Carl Ulrich, Spremberg, Zägerstraße 4, sein. Alles andere später.

H. Reugebauer, C. Ulrich, K. Ripprast, Vorsitzender, Schriftführer, Kassierer.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen, a. s. d. schönsten und billigsten bei Th. Berkop, Oppeln.

Steneratgeber für Arbeiter von Franz Conrad. Preis 1 Mark, Porto 10 Pfennig. Beste praktische Anleitung zur erfolgreichen Stenererklärung. - Neueste Aufl. Verlag: Ludwig Brödel, Berlin O. 27, Gräberweg 11.

Eisenach u. Umgegend (Ortsverband) Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer Edmund Hartmann, Eisenach, Diefenstr. 18.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Taube Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Buchel in Stelzners Kolonnenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Freund Preis 40 Pfg. Volkswirtschaftslehre von Dr. C. J. Süss Preis 80 Pfg. ... Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 85 Pfg. Die rechtsgeschichtliche Arbeiterversicherung (Kranken, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mt. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg. Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 60 Pfg. Arbeitskassenzettel der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mt. ... Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig bei E. Schöder, Katharinenstraße 2/8 II. Straßfurt (Ortsverb.). Fern. zur Heimat, Bleistraße. Karten bei E. Kulowski, Dafenstr. 20.